

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Giddien, Heinrichsdorf, Marienau, Meudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Rabschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 41.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Sonnabend, den 18. Februar

Post-Inspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1911

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Brodhauer Straße Nr. 55, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Anzeigen mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprechnr. 117. Telegramm-Adresse: „Tageblatt“.

Das Wichtigste

* Der Kaiser ist von seiner Erkältung wieder so weit hergestellt, daß er gestern eine Ausfahrt unternommen konnte.

* Der Reichstag führte gestern die zweite Lesung des Marineetat zu Ende.

* Ein von Rotterdam gekommenes spanisches Schiff hat Schiffbruch gelitten, wobei 60 Personen von den Passagieren und der Besatzung umgekommen sein sollen.

* In Uruguay ist gestern die Parlamentssession durch eine Botschaft des Präsidenten eröffnet worden.

* Der Oberpräsident der Provinz Westfalen v. der Heide ist gestern nachmittag in Münster gestorben.

* In Oporto haben antiflerikale Volkstanzgebungen stattgefunden. Ein katholisches Vereinshaus wurde verwüstet.

* Bei einem Einbruch in eine portugiesische Kaserne wurden hundertfünfzig Personen verletzt.

* In Port Said herrscht lebhafteste Erregung über die Schändung europäischer Grabstätten.

* Die Bant von England hat ihren Diskontsatz um ein halbes Prozent, nämlich von 4 auf 3 1/2 Prozent herabgesetzt.

* In der Bukowina herrscht noch immer sibirische Kälte, welche aber anscheinend ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Gestern hat das Thermometer noch 31 Grad Kälte gezeigt.

1000 Reichstagskandidaten.

Der Aufmarsch der Parteien zu den nächsten Reichstagswahlen ist, so schreibt die „N. S. C.“, nahezu vollendet. Die Organisationen im Lande haben ihre Kandidaten ernannt und die Parteileitungen veröffentlichten bereits die offiziellen „Startlisten“. Schon jetzt bewerben sich an 800 Männer um Sitze im nächsten Reichstag. Da jedoch kaum 400 Plätze zu vergeben sind, wird manche Hoffnung zertrümmert werden. Am eifrigsten sind auch diesmal die Sozialdemokraten bei der Arbeit der Wahlvorbereitungen. Sie haben bereits 250 Kandidaten aufgestellt. Die übrigen Parteien folgen in weiten Abständen. Da ist zunächst das Zentrum mit 115 Kandidaten, da sind die Fortschrittler mit 103 und die Konservativen mit 85 Mandatsbewerbern. Die Nationalliberalen beabsichtigen in 78 Kreisen zu kämpfen, die Antifemiten aller Schattierungen in 50, während die Reichspartei sich auf 30 Wahlkreise beschränkt, und die Polen sich damit begnügen, vorläufig über 20 sicheren Mandate zu behaupten. Elsässer, Lotharinger, Welfen, Dänen und Littauer kämpfen um insgesamt 15 Kreise.

Der Bund der Landwirte ringt in 10 Kreisen gegenwert von anderen Gruppen der Rechten um den Erfolg, und die neugegründete demokratische Vereinigung will ihr Glück in 6 Wahlkreisen versuchen. Nun haben aber die Parteien ihre Wünsche noch nicht überall zum Ausdruck gebracht. Daher wächst die Zahl der Kandidaten täglich, und wird sicherlich die Zahl 1000 erreichen, trotzdem es diesmal zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei in vielen Bezirken schon zu einer Verständigung gekommen ist. Nur in ganz wenig Kreisen ist überhaupt noch kein Kandidat aufgestellt. Meist rechnet man dort auf den bisherigen Inhaber des Mandates. Andererseits kämpfen in mehr als 100 Kreisen drei Bewerber gegeneinander. Infolge dieser Zerspaltung wird es voraussichtlich zahlreiche Nachwahlen geben. Die vielen Kandidaturen bekannter Führer können dabei ganz unberücksichtigt bleiben. Einige „kulturdenkende Gruppen“ wollen in sämtlichen 397 Wahlkreisen den früheren Staatssekretär Grafen Pobjadowsky aufstellen, — ein origineller, aber politisch gänzlich bedeutungsloser Versuch.

Wenn übrigens das Gezänke zwischen Konservativen und Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus so weiter geht und etwa gegenseitig zwischen den

beiden staateshaltenden Parteien die Brücken zur Verständigung gänzlich abgebrochen werden, kann die Art des Wahlkampfes eine „gute“ werden. Es wird höchste Zeit, daß die Führer beider Parteien sich darauf besinnen, daß über der Partei das Vaterland steht und daß das Interesse des von schwarz und rot bedrohten Reiches dem einseitigen Parteiinteresse vorangeht!

Deutsches Reich.

Dresden. (Sozialdemokratie und Lehrerzunft) In der Stadt Röttha, Bez. Leipzig, hatten die Sozialdemokraten eine Volksversammlung einberufen, die sich mit der Volksschulreform beschäftigten sollte. Dazu hatten sie auch die dortigen Lehrer eingeladen. Das Einladungsschreiben wurde in folgender, recht vorbildlichen Weise beantwortet:

In den Sozialdemokratischen Verein Röttha.
Besten Dank für die freundliche Einladung zu der Versammlung am 11. Februar.

Wenn wir in der Versammlung erfahren sollen, „in welche Bahnen eine Reform des Volksschulwesens geleitet werden soll“, wie Sie schreiben, so ist dazu zu bemerken, daß wir darüber vollständig orientiert sind. Wir kennen ganz genau die Grundzüge, die Ihre Partei aufgestellt hat, sind auch unterrichtet von dem Verlaufe bereits erfolgter Versammlungen im Lande und außerdem kennen Sie auch ganz gut die Grundforderungen der Lehrerzunft, weil sie bekannt genug sind. Demnach erübrigt sich wohl der Besuch der Versammlung unsererseits.

Hochachtungsvoll
Das Lehrerkollegium.
J. Meißner, Dir.

Berlin. (Besuch des Kaisers in London?) Der „Daily-Telegraph“ erhält aus Berlin folgende Nachricht: Man erwartet, daß der deutsche Kaiser der Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria in London am 15. Mai beizuwohnen wird.

(Der Termin der Reichstagswahlen.) Ueber die Melodung der „Schlesischen Zeitung“, daß die Regierung die Neuwahlen für den Reichstag bis zum nächsten Jahre verschoben habe, war jetzt an zuständiger Stelle noch keine bestimmte Auskunft zu erhalten. An sich ist die Nachricht jedoch nicht unwahrscheinlich, da bei der Reichsversicherungsordnung noch eine große Menge Arbeit in der Kommission zu leisten ist, jedoch es unwahrscheinlich ist, daß dieses wichtige Gesetz noch in dieser Session den Reichstag in zweiter und dritter Lesung wird beschäftigen können. Man rechnet daher damit, daß die Kommission für die Reichsversicherungsordnung und vielleicht auch die für die Vorlage über die Schiffahrtsabgaben, sofern ihr bis dahin überhaupt nicht der Atem ausgegangen ist, den Sommer über arbeiten und der Reichstag dann im Herbst zu einer kurzen Session zusammentreten wird, um diese beiden Vorlagen zu erledigen. In diesem Falle könnte die Neuwahl naturgemäß erst zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden.

(Abkündigung der Angehörigen für Rechtsanwältinnen?) Im Reichstag haben Vertreter der bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Konservativen und der Reichspartei einen Antrag eingebracht, der die Befreiung der Erbschaftssteuer gegen Rechtsanwältinnen gegen Gebühr fordert. Dieser Antrag hat Aussicht, vom Reichstag angenommen zu werden; ob er auch für die Regierung annehmbar ist, dürfte, zumal nach dem Auftreten der Anwälte im Moabitier Prozeß, recht fraglich sein.

(Das Unglück von Weiburg.) In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern über die Ursache der Katastrophe des Lustschiffes „Z 2“ verhandelt. Oberst Schmiedeke erklärte, es liege ein bedauerliches Unglück vor, an dem keiner Persönlichkeit eine Schuld beizumessen sei.

(Der Professorenstreit in Berlin.) Der mühsam durch das Eingreifen des Kultusministers geschlichteten Streit, geht wirklich wieder los! Herr Prof. Sering und Herr Prof. Bernhard klüchten wieder einmal vor einander an die Öffentlichkeit. — Süßlich ist anders.

(Elsäß-Lothringen.) In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission für Elsäz-Lothringen hat Staatssekretär Delbrück die Kommission mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage, die Beratungen so lange auszuhalten, bis eine Stellungnahme der verbündeten Regierungen erfolgt sei. (Die Kommission hatte bekanntlich beschlossen, den Statthalterposten mit der Wahl auf Lebenszeit auszustatten, und mit diesem Beschluß wollen sich die verbündeten Regierungen nicht einverstanden erklären. D. Red.) — Zur Erläuterung gibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Ausgabe vom Donnerstag noch den folgenden offiziellen Kommentar zu der Erklärung Delbrücks: „Die Erklärung des Staatssekretärs soll auf der einen Seite dem von den Vertretern v. r. hiedener Parteien widerrechtlich zum Ausdruck gebrachten Wünsche nach einer Mitteilung der Stellungnahme der verbündeten Regierungen Rechnung tragen, andererseits bringt sie zum Ausdruck, daß die Reichsleitung nicht gesonnen ist, sich auf diesem für das innere Gelingen des Reiches und das Verhältnis der Bundesregierungen untereinander wichtigen Gebiete die Führung aus der Hand nehmen zu lassen.“ Nachdem Staatssekretär D. Delbrück die Erklärung abgeben hatte, wurde ohne Debatte die Vertagung der weiteren Berathung von der Kommission beschlossen. In den Reihen der Kommissionsmitglieder ist die Meinung vorwiegend, daß diese Erklärung die demnächstige Zurückziehung des Verfassungsentwurfes für die gegenwärtige Tagung bedeutet.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 17. Februar 1911.

* — **Der Frühling naht mit Brausen!** Voriges Jahr schrieben wir in unserem Wetterberichte vom 18. Februar, daß das Lauwetter mit den Schneeresten aufräume und der Frühling nahe sei. Heuer sendet er um dieselbe Zeit seine Boten. Zunächst sind es mildere Witterung und Sturm, die sein Kommen ankündigen, die eisbedeckten Straßen bald in Stätten des Schmelzes verwandeln und den Schnee verschwinden lassen werden. Ja, der Frühling naht; und wenn es auch noch manchen Strauß mit dem Winter geben wird, die Hoffnung auf den Lenz verstärkt sich mit jedem Tage.

* — **Geschlossene Zeiten.** Die längst erwartete Ministerial-Verordnung über die Beobachtung der geschlossenen Zeiten in polizeilicher Hinsicht ist nunmehr endlich erschienen. In ihr heißt es u. a.: Unter Aufhebung aller seither noch in Geltung befindlicher Vorschriften über die Beobachtung der geschlossenen Zeiten in polizeilicher Hinsicht vordernen die Ministerien des Kultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern folgendes: § 1. Als geschlossene Zeiten in Beziehung auf Tanzveranstaltungen an öffentlichen Orten, in Privathäusern oder in den Räumen geschlossener Gesellschaften haben fernerhin zu gelten: a) die Bußtage, b) die Zeit vom Donnerstage nach dem Sonntage Judita bis zu und mit dem ersten Osterfeiertage, c) der erste Pfingstfeiertag, d) der Totenfestsonntag, e) die Vorabende der unter a, c und d genannten Tage von nachmittags 6 Uhr ab, f) die Tage vom 22. Dezember bis zu und mit dem ersten Weihnachtsfeiertage. An den vorbezeichneten Tagen dürfen Ausnahmen von dem Verbote der Abhaltung von Tanzveranstaltungen keinesfalls gestattet werden. § 2. Dagegen bleibt das zeitliche Verbot des Abhaltens von Konzerten, Musik und anderen, namentlich den mit Musikbegleitung verbundenen geräuschvollen Vergnügungen an öffentlichen Orten auf a) die Bußtage, b) deren Vorabende von nachmittags 6 Uhr ab — jedoch unter Gestattung erster Musikstücke — c) die 3 letzten Tage der Karwoche und d) den Totenfestsonntag beschränkt. § 3. Die Aufführung geistlicher Musiken und Oratorien kann auch zu den im § 2 angegebenen Zeiten gestattet werden, wenn sie a) mit der ersten Feier jener Tage in vollem Einklange stehen, b) in den Nachmittags- oder Abendstunden — also nach völlig beendeten Gottesdienste — stattfinden, und c)